

IAB-KURZBERICHT

Aktuelle Analysen aus dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

5|2026

In aller Kürze

- Nach Jahren der Rezession belebt sich die Konjunktur durch die Fiskalpakete, bleibt aber durchwachsen. Mit dem Irankrieg sind neue Risiken hinzugekommen. Das Bruttoinlandsprodukt wird im Jahr 2026 um 0,8 Prozent wachsen.
- Der Arbeitsmarkt wurde seit 2022 durch die schwache Konjunktur und die Transformationskrise beeinträchtigt. Eine wirtschaftliche Belebung wird die Entwicklung stabilisieren.
- Die Zahl der Arbeitslosen nimmt 2026 um 40.000 zu, wobei sich die Entwicklung im Jahresverlauf verbessert.
- Das Erwerbspersonenpotenzial nimmt in diesem Jahr erstmalig um 40.000 Personen ab. Dies begrenzt auch die Beschäftigungsentwicklung.
- Im Jahresdurchschnitt 2026 sinkt die Zahl der Erwerbstätigen um 90.000. Zum ersten Mal seit 2009 dürfte die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nicht mehr wachsen.
- Nahezu alle zusätzlichen Stellen wird es im Bereich Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit geben. Für das Produzierende Gewerbe ohne Baugewerbe erwarten wir im Prognosezeitraum einen Rückgang der Beschäftigtenzahl.
- Trotz eines kräftigen Anstiegs der Teilzeitquote nimmt die Arbeitszeit je Erwerbstätigen im Jahr 2026 zu. Der Anstieg ist vor allem auf einen positiven Kalendereffekt sowie auf höhere wöchentliche Arbeitszeiten bei Teilzeitbeschäftigten zurückzuführen.

Arbeitsmarktentwicklung 2026

Fiskalpolitischer Rückenwind trifft auf geopolitischen Gegenwind

von Hermann Gartner, Timon Hellwagner, Markus Hummel, Christian Hutter, Benjamin Lochner, Susanne Wanger, Enzo Weber und Gerd Zika

Die deutsche Wirtschaft entwickelt sich seit drei Jahren schwach. Die Fiskalpakete werden die Konjunktur zwar beleben, mit dem Irankrieg sind allerdings neue geopolitische Risiken hinzugekommen. Der Arbeitsmarkt stabilisiert sich, insbesondere die Beschäftigungsentwicklung stößt aber an Grenzen. Der Kurzbericht gibt einen Ausblick für 2026.

Leichte wirtschaftliche Belebung trotz internationaler Turbulenzen

Die deutsche Wirtschaft befindet sich seit Längerem in einer Schwächephase. Nachdem das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2024 um 0,5 Prozent geschrumpft war, wuchs es 2025 minimal um 0,2 Prozent. Nach einem Auf und Ab im Jahresverlauf konnte das BIP dabei im Schlussquartal 2025 wieder zulegen.

Mögliche Beeinträchtigungen durch den Irankrieg belasten zwar die weitere wirtschaftliche Entwicklung. Dennoch erwarten wir für dieses Jahr eine zunehmende Erholung und – nicht zuletzt durch fiskalpolitische Impulse des Bundes – ein Wachstum von 0,8 Prozent.

Das außenwirtschaftliche Umfeld hat sich im Vorjahr noch leicht verbessert. Das Bruttoinlandsprodukt der USA hat zwar an Dynamik verloren, ist aber im vierten Quartal noch um 0,2 Prozent gewachsen. Die US-Wirtschaft leidet weiter unter einem schwachen Arbeitsmarkt und Preiserhöhungen aufgrund der dortigen Zollpolitik. In China hat das Bruttoinlandsprodukt im vierten Quartal um 1,2 Prozent zugenommen. In der Eurozone ist die Wirtschaft im vierten Quartal um 0,2 Prozent gewachsen.

Der deutsche Außenhandel ist nach wie vor schwach. Die teilweise wieder anzie-

hende Weltwirtschaft hat die Exporte aus Deutschland im Gesamtjahr 2025 nicht beleben können, diese gingen um 0,4 Prozent zurück. Dagegen wurde um 3,6 Prozent mehr importiert. Die Exportwirtschaft wurde weiter durch den starken Euro und die Unsicherheiten über die Einfuhrzölle in die USA belastet. Dementsprechend verhalten war auch die Entwicklung der Produktion in der Industrie. Sie hat zuletzt wieder nachgegeben, nachdem sie sich im Herbst 2025 noch erholt hatte. Die Exporterwartungen hatten sich vor Beginn des Irankrieges aber aufgehellt und lagen im positiven Bereich.

Die Investitionen haben sich 2025 unterschiedlich entwickelt: Die Bauinvestitionen sind um 0,6 Prozent gesunken, die Investitionen in Ausrüstungen um 1,9 Prozent. Dagegen waren die Investitionen in sonstige Anlagen um 3,8 Prozent höher als im Vorjahr. Bei den Investitionen sind strukturelle Herausforderungen sichtbar: So erzeugen Digitalisierung, Dekarbonisierung und der demografische Wandel einen Anpassungsdruck auf die Unternehmen, der auch aufgrund noch bestehender Unsicherheiten nur geringe Investitionen generiert. Im Schlussquartal 2025 zeichnete sich dennoch eine Belebung ab. Fiskalische Impulse der zusätzlichen Mittel für Verteidigung und aus dem Infrastruktur-Sondervermögen haben hier Rückenwind gegeben. So haben die Bruttoanlageinvestitionen zugelegt, wozu vor allem die Bauinvestitionen beigetragen haben. Im Baubereich gibt es insgesamt gemischte Signale: Die Produktion im Bauhauptgewerbe hat im Januar nachgegeben und liegt jetzt unter dem Niveau der Vormonate. Die Baugenehmigungen haben aber im Jahresverlauf 2025 deutlich zugenommen. Auch das Geschäftsklima im Bauhauptgewerbe hat sich im Februar weiter verbessert.

Der Konsum hat 2025 zugelegt: Die privaten Konsumausgaben sind um 1,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen, der Staatskonsum um 1,3 Prozent – wobei sich die Konsumausgaben des Staates vor allem im vierten Quartal beschleunigt haben. Die Inflationsrate lag 2025 wie im Vorjahr bei 2,2 Prozent. Insbesondere die Entwicklung der Nahrungsmittel- und Energiepreise dämpfte den Preisanstieg. Dienstleistungen verteuerten sich dagegen stärker. Da die Reallöhne im vergangenen Jahr gestiegen sind, hat sich auch die Kaufkraft verbessert. Die realen Einzelhandelsumsätze waren 2025 um 2,7 Prozent höher als im Vorjahr. Die

Sparneigung ist aber aufgrund bestehender Unsicherheiten weiter hoch. So hat das Geschäftsklima im Handel im Februar wieder etwas nachgegeben. Auch das Konsumklima hat sich leicht eingetrübt, nachdem es sich im Vormonat noch erholt hatte. Die aktuell höheren Energiepreise belasten nun wieder die Kaufkraft und dürften die Belebung der Konsumnachfrage abschwächen.

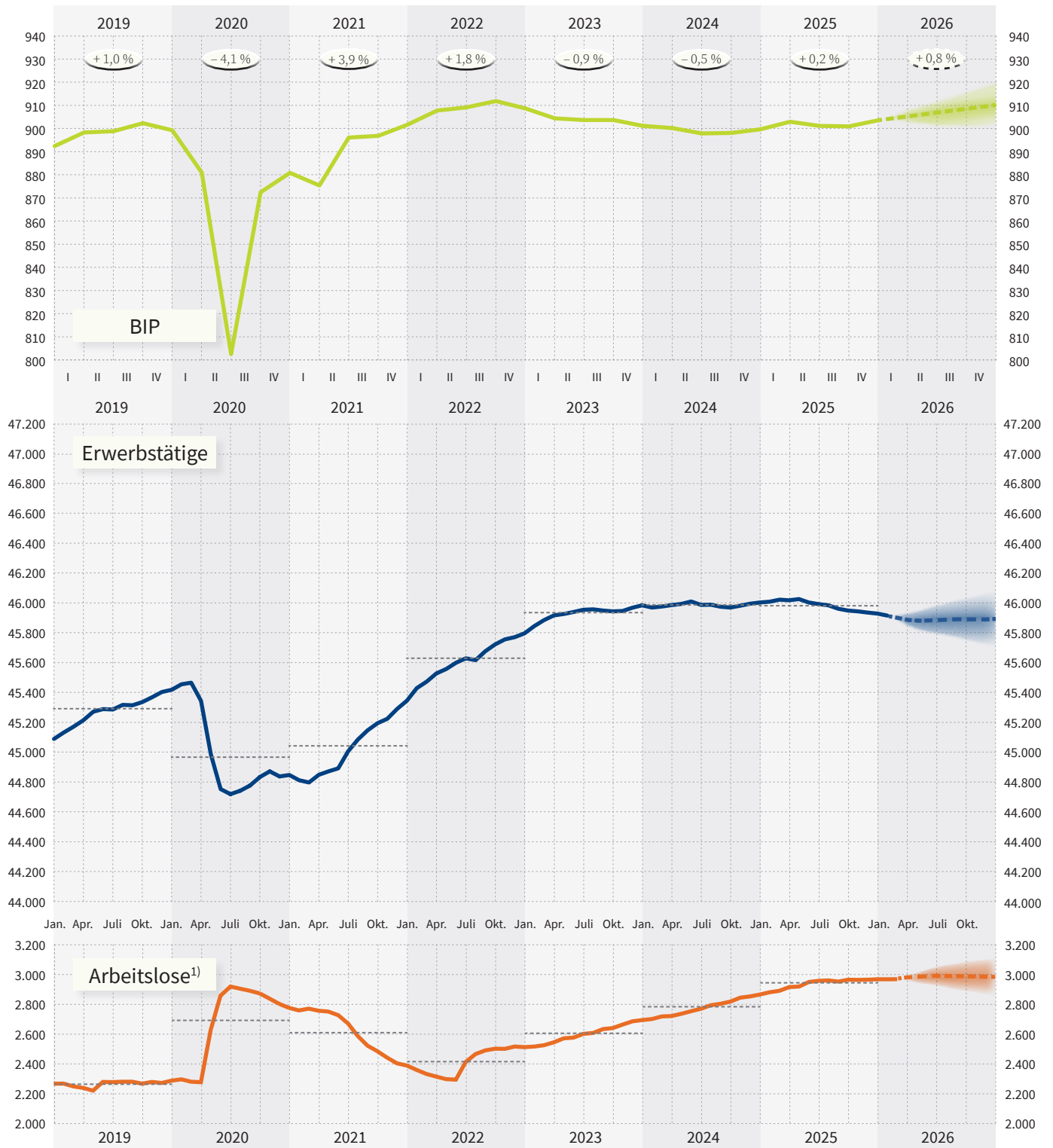
Wie sich der Irankrieg auf die konjunkturelle Entwicklung auswirkt, hängt wesentlich vom weiteren Verlauf der Auseinandersetzungen ab. Ein kürzerer Konflikt könnte von der Wirtschaft abgefedert werden, da noch auf Lagerbestände zugegriffen werden kann und sich die Energiepreise schnell wieder normalisieren würden. Bei einem längeren Konflikt könnten weltweite Lieferketten beeinträchtigt werden und Betriebe, die auf Importgüter angewiesen sind, müssten ihre Aktivitäten einschränken. Der unmittelbare Effekt einer Blockade der Straße von Hormus bliebe neben der Auswirkung auf die Energiepreise aber begrenzt, da weniger als 1 Prozent der Importe nach Deutschland diesen Weg passieren (Flach/Bodenschatz 2026). Die Ausfuhren in den Iran, nach Saudi-Arabien, Katar und die Vereinigten Arabischen Emirate machen 1,5 Prozent des deutschen Gesamtexports aus. Die Rohölpreise sind aber kräftig gestiegen. Wenn fossile Energieträger teurer werden, sind davon insbesondere energieintensive Bereiche betroffen, aber über ein Anziehen der allgemeinen Inflation auch Konsum und Investitionen insgesamt. Analysen zeigen, dass bei einer dauerhaften Erhöhung der Ölpreise um 10 Prozent das reale BIP um etwa 0,1 Prozent geringer wäre (van Roye 2011). Sollten Länder wie China oder Indien, die stärker von Lieferungen aus dem Iran abhängen, wirtschaftlich in Mitleidenschaft gezogen werden, könnte die Nachfrage für die exportabhängige Industrie in Deutschland weiter geschwächt werden. Auch wenn der Konflikt länger dauert, aber regional begrenzt bleibt, können die Auswirkungen dennoch überschaubar bleiben, da sich die Akteure nach und nach auch an neue Bedingungen anpassen, wie die Einschränkungen der Energielieferungen aus Russland gezeigt haben.

Wir gehen für unsere Prognose davon aus, dass sich der Konflikt mit dem Iran und die Auswirkungen noch einige Monate hinziehen werden, dass die Lage aber auch nicht stärker als bisher eskalieren wird. Aufgrund höherer Importpreise und

Entwicklungstendenzen von Bruttoinlandsprodukt (BIP) und Arbeitsmarkt in Deutschland 2019 bis 2026

BIP in Mrd. Euro (preis-, saison- und kalenderbereinigte Quartalswerte)
Erwerbstätige und Arbeitslose in 1.000 (saisonbereinigte Monatswerte)

BIP Erwerbstätige Arbeitslose
Ist-Entwicklung
Modellprognose
Prognoseintervall
Jahresdurchschnitte
Veränderung der Ursprungswerte gegenüber Vorjahr



¹⁾ Prüfkativitäten zum Arbeitsvermittlungsstatus von Arbeitslosengeld-II-Berechtigten wirkten sich im zweiten Quartal 2019 erhöhend auf die Arbeitslosenzahlen aus.

Anmerkung zu den Prognoseintervallen: Zu jedem Zeitpunkt wird der realisierte Wert mit einer Wahrscheinlichkeit von 2/3 innerhalb des Bandes liegen. Also wird beispielsweise die Erwerbstätigkeit im Juni 2026 mit einer Wahrscheinlichkeit von 2/3 zwischen 45,78 Mio. und 45,99 Mio. Personen liegen.

Quelle: Destatis, Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des IAB; Stand März 2026. Grafik: IAB

einer schwächeren Dynamik bei den Exporten erwarten wir, dass das BIP um 0,2 bis 0,3 Prozentpunkte weniger wächst als ohne den Krieg.

Damit erwarten wir für dieses Jahr dennoch einen Anstieg des BIPs in Deutschland: Der deutsche Außenhandel wird im Jahresverlauf 2026 zwar anziehen, er dürfte aber auch wegen des unsicheren Umfeldes weiterhin wenig Dynamik entfalten. Die Investitionen werden im Jahresverlauf steigen. Das Sondervermögen für Infrastruktur und die zusätzlichen Ausgaben für äußere Sicherheit führen zunehmend zu mehr wirtschaftlichen Aktivitäten. Auch der Konsum der privaten Haushalte dürfte sich nach den guten Lohnabschlüssen der

vergangenen Jahre trotz höherer Energiepreise etwas beleben. Für 2026 prognostizieren wir eine Zunahme der Wirtschaftsleistung um 0,8 Prozent (Prognoseintervall $\pm 0,7$ %-Punkte; Kalendereffekt $+0,25$ %-Punkte). Die Entwicklung seit 2019 und die Prognosewerte sind in Abbildung A1 (Seite 3) dargestellt und in Tabelle T1 zusammengefasst.

Wirtschaftsprognosen weisen grundsätzlich Unsicherheiten auf, die durch Prognoseintervalle verdeutlicht werden. So ist aktuell noch unklar, welche zollpolitischen Regelungen noch verfügt werden oder wie schnell die konjunkturwirksamen Maßnahmen der Bundesregierung zur Geltung kommen. Größter Unsicherheitsfaktor ist

T1

Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt 2019 bis 2026

		2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	Prognose 2026
A. Die Nachfrage nach Arbeitskräften									
Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt		+ 1,0	- 4,1	+ 3,9	+ 1,8	- 0,9	- 0,5	+ 0,2	+ 0,8
Veränderung gegenüber Vorjahr in %									
Stundenproduktivität		+ 0,7	+ 0,9	+ 1,6	+ 0,3	- 1,2	- 0,3	+ 0,4	+ 0,6
Veränderung gegenüber Vorjahr in %									
Arbeitsvolumen		+ 0,3	- 4,9	+ 2,3	+ 1,5	+ 0,3	- 0,2	- 0,2	+ 0,2
Veränderung gegenüber Vorjahr in %									
Durchschnittliche Jahresarbeitszeit		- 0,6	- 4,3	+ 2,1	+ 0,2	- 0,3	- 0,3	- 0,2	+ 0,4
Veränderung gegenüber Vorjahr in %									
Erwerbstätige	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+ 0,9	- 0,7	+ 0,2	+ 1,3	+ 0,7	+ 0,1	- 0,0	- 0,2
	Veränderung gegenüber Vorjahr in 1.000	+ 413	- 325	+ 75	+ 588	+ 306	+ 52	- 5	- 93
	Jahresdurchschnitte in 1.000	45.291	44.966	45.041	45.629	45.935	45.987	45.982	45.889
	davon:								
	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in 1.000	33.518	33.579	33.897	34.507	34.790	34.934	34.963	34.931
	Veränderung gegenüber Vorjahr in 1.000	+ 554	+ 61	+ 318	+ 610	+ 283	+ 144	+ 28	- 32
Arbeitslose	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+ 1,7	+ 0,2	+ 0,9	+ 1,8	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,1	- 0,1
B. Das Angebot an Arbeitskräften									
Erwerbspersonenpotenzial¹⁾ Jahresdurchschnitte in 1.000		47.521	47.461	47.583	47.976	48.364	48.579	48.658	48.617
Veränderung gegenüber Vorjahr in 1.000		+ 223	- 60	+ 122	+ 393	+ 388	+ 215	+ 79	- 41
C. Die Arbeitsmarktbilanz									
Arbeitslose	Jahresdurchschnitte in 1.000	2.267	2.695	2.613	2.418	2.609	2.787	2.948	2.986
	Veränderung gegenüber Vorjahr in 1.000	- 73	+ 429	- 82	- 195	+ 191	+ 178	+ 161	+ 38
	Arbeitslosenquoten (in % aller zivilen Erwerbspersonen)	5,0	5,9	5,7	5,3	5,7	6,0	6,3	6,4
	davon:								
	SGB III in 1.000	827	1.137	999	808	875	980	1.099	1.155
	Veränderung gegenüber Vorjahr in 1.000	+ 25	+ 310	- 138	- 191	+ 66	+ 105	+ 119	+ 56
	SGB II in 1.000	1.440	1.559	1.615	1.610	1.734	1.807	1.849	1.831
	Veränderung gegenüber Vorjahr in 1.000	- 98	+ 119	+ 56	- 5	+ 124	+ 73	+ 42	- 18
	Anteil SGB II in %	63,5	57,8	61,8	66,6	66,5	64,8	62,7	61,3
Stille Reserve	Veränderung gegenüber Vorjahr in %-Punkten	- 2,2	- 5,7	+ 4,0	+ 4,8	- 0,1	- 1,6	- 2,1	- 1,4
	Jahresdurchschnitte in 1.000	980	983	1.025	992	1.087	1.102	1.024	1.038
	Veränderung gegenüber Vorjahr in 1.000	- 99	+ 3	+ 42	- 33	+ 95	+ 15	- 78	+ 14
	davon:								
	Stille Reserve im engeren Sinn	196	311	387	335	351	407	425	497
Stille Reserve	Veränderung gegenüber Vorjahr in 1.000	- 80	+ 116	+ 75	- 52	+ 16	+ 55	+ 18	+ 72
	Stille Reserve in Maßnahmen	784	672	638	657	735	695	599	541
	Veränderung gegenüber Vorjahr in 1.000	- 19	- 112	- 34	+ 19	+ 78	- 40	- 96	- 59

Abweichungen zu den Summen kommen durch Rundung zustande. Aktualisierung der Zeitreihen ab 1991 aufgrund der VGR-Generalrevision 2024.

¹⁾ Das Erwerbspersonenpotenzial setzt sich zusammen aus Erwerbstätigen, Erwerbslosen nach ILO und Stiller Reserve (inkl. arbeitssuchender Nichterwerbspersonen).

Quelle: Destatis, Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des IAB; Stand März 2026.

aber, wie sich die aktuellen geopolitischen Konflikte entwickeln. So stellt sich die Frage, inwieweit Energieinfrastruktur in der Golfregion umfassend in Mitleidenschaft gezogen wird.

Ein Ergebnis im unteren Band stellt sich ein, wenn sich etwa Energiepreise stärker und dauerhaft erhöhen, wenn Lieferketten gestört werden oder wenn sich die Wirkung fiskalpolitischer Impulse noch verzögert. Aufwärtsschancen mit einer Entwicklung im oberen Band bestehen, wenn sich die geopolitische Lage rascher beruhigt als derzeit erwartet oder wenn die fiskalischen Impulse ihre Wirkung sehr schnell entfalten und zum Beispiel auch die Konsumnachfrage stärker beleben.

Arbeitsmarkt entwickelt sich durchwachsen

Der langanhaltende Wirtschaftsabschwung hat die Arbeitsmarktentwicklung gedämpft. Seit Mitte 2022 nahm die Arbeitslosigkeit zu (Statistik der Bundesagentur für Arbeit 2026). Die Erwerbstätigkeit reagierte seit der Weltfinanzkrise im Jahr 2009 wesentlich robuster auf konjunkturelle Schwankungen als in den Zeiten davor (Klinger/Weber 2020). Angesichts von Arbeitskräfteknappheit versuchen viele Betriebe, ihre Beschäftigten selbst in konjunkturellen Schwächephasen zu halten. Dies wird aber infrage gestellt, wenn Zukunftsperspektiven wie derzeit in vielen Teilen der Industrie unklar sind.

Seit dem Jahr 2022 flachte die Beschäftigungsentwicklung immer weiter ab, seit 2024 stagnierte sie. Der Hauptgrund dafür liegt in dem langanhaltenden Wirtschaftsabschwung nach Beginn der Energiekrise und in der Transformationskrise der Industrie. Tatsächlich haben zunehmend strukturelle Ursachen für die Arbeitsmarktentwicklung an Bedeutung gewonnen und die Beschäftigung sinkt vor allem in kleineren Betrieben (Hutter/Weber 2025). Nun gibt es einen weiteren Dämpfer für die Beschäftigung infolge des Irankrieges. Die Energiepreissteigerungen und Handelsstörungen werden vor allem die Entwicklung in der Industrie zusätzlich belasten.

Für den Beschäftigungsaufschwung seit Mitte der 2000er Jahre waren Faktoren wie ein steigendes Arbeitskräfteangebot, eine höhere Matching-Effizienz und eine höhere Bereitschaft, Stellen zu schaffen, relevant, die neben der Konjunktur den Arbeits-

markt beeinflussten (Hutter et al. 2022). Mehrere dieser arbeitsmarktspezifischen Faktoren haben sich zuletzt abgeschwächt. So nimmt das Erwerbspersonenpotenzial im Jahr 2026 erstmalig ab, was die Möglichkeiten für einen Beschäftigungsaufbau im Vergleich zu früheren Rekordsteigerungen stark begrenzt. Auch wenn im Bestand noch vergleichsweise viele Stellen offen sind, lagen die von Unternehmen neu gemeldeten Stellen über Jahre auf einem historischen Tiefstand. Mit Pandemiebeginn 2020 und im Jahr 2022 sind die Jobchancen von Arbeitslosen eingeknickt, seither haben sie sich nicht wieder verbessert. Über den Wirtschaftsabschwung hinweg hat sich auch die Zahl der Beschäftigten, die arbeitslos werden, klar erhöht. Das Entlassungsrisiko ist im Vergleich mit den Jahrzehnten vor Corona allerdings noch immer niedrig.

Angesichts der schwachen Arbeitsmarktdynamik liegt die Langzeitarbeitslosigkeit um mehr als 300.000 Personen über dem Vor-Corona-Niveau, hier zeigen sich Verfestigungstendenzen. Dies spiegelt sich vor allem in der Arbeitslosigkeit von Geringqualifizierten, die ebenfalls deutlich – um fast 4 Prozentpunkte – über dem Stand von 2019 liegt. Der Mismatch zwischen den Qualifikationsniveaus der Arbeitslosen und den Anforderungsniveaus der Stellen hat seit Corona zugenommen. Allerdings nimmt auch die Arbeitslosigkeit von Akademikerinnen und Akademikern zu, die Quote ist von 2,1 Prozent vor Corona auf 3,3 Prozent gestiegen. Dennoch liegt das Niveau weiterhin niedrig und ist auch nicht stärker gestiegen als die gesamte Arbeitslosenquote.

Der Mindestlohn war zu Jahresbeginn mit 8,4 Prozent deutlich erhöht worden. Können Lohnkosten nicht mehr erwirtschaftet werden, drohen negative Beschäftigungseffekte. Zur Mindestlohneinführung waren diese kaum eingetreten. Aktuell spricht für eine skeptischere Einschätzung allerdings, dass der Arbeitsmarkt unter der jahrelangen konjunkturellen Flaute leidet, die Arbeitskräfteknappheit nicht mehr so ausgeprägt ist und bereits ein höheres Mindestlohnniveau erreicht wurde (Hutter/Weber 2026).

Die Beschäftigungsentwicklung zeigt sich zweigeteilt: einerseits schrumpfende Beschäftigung in der Industrie und damit verbunden in der Zeitarbeit, andererseits wachsende Beschäftigung in Branchen wie Pflege, Gesundheit und Erziehung.

Aufgrund dieser gegenläufigen Trends, einer etwas stabileren Konjunktur und der Dämpfung beim Erwerbspersonenpotenzial gehen wir davon aus, dass sich für die Erwerbstätigkeit eine flache Entwicklung ergibt (vgl. Abbildung A1). Auch das IAB-Arbeitsmarktbarometer zeigt für die Beschäftigungsentwicklung einen neutralen Ausblick. Die Perspektive für die Entwicklung der Arbeitslosigkeit ist laut IAB-Arbeitsmarktbarometer dagegen ungünstig. Kurzfristig dürften sich noch keine Verbesserungen ergeben.

Für den Jahresdurchschnitt 2026 rechnen wir damit, dass die Zahl der Erwerbstätigen um 90.000 Personen zurückgehen wird (Prognoseintervall ± 100.000). Die Zahl der Arbeitslosen steigt um 40.000 Personen (Prognoseintervall ± 70.000); in der zweiten Jahreshälfte 2026 gibt es der Prognose zufolge erstmals leichte Rückgänge.

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wächst nicht mehr

Im Jahr 2025 waren 34,96 Millionen Personen beziehungsweise 76 Prozent der Erwerbstätigen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Die schwache Konjunktur der vergangenen drei Jahre hinterließ deutliche Spuren: Die regelmäßig kräftigen Zuwächse des vorigen Jahrzehnts sind einer Stagnation gewichen, in den vergangenen Monaten waren tendenziell gar leichte Rückgänge zu verzeichnen. Aufgrund der aktuell schwachen Ausgangsposition erwarten wir für den Jahresdurchschnitt 2026, dass die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um 30.000 auf 34,93 Millionen Personen abnimmt. Das liegt auch daran, dass die im weiteren Jahresverlauf erwartete konjunkturelle Verbesserung aufgrund der Auswirkungen des Irankrieges einen Dämpfer bekommt. 2026 dürfte das erste Jahr seit der Weltfinanzkrise 2009 sein, in dem die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nicht mehr wächst.

4,81 Millionen Personen beziehungsweise gut 10 Prozent der Erwerbstätigen gehörten 2025 zur Gruppe der marginal Beschäftigten.¹ Wir erwarten, dass die grundsätzliche Entwicklung dieser Beschäftigungsgruppe wieder dem jahrelang sinkenden Vor-Corona-Trend folgt. Dafür spricht auch, dass zum einen der Mindestlohn zu Jahresbeginn deutlich erhöht wurde (bei gleichzeitiger Anhe-

bung der Verdienstgrenze) und zum anderen die sozialversicherungspflichtige Teilzeitbeschäftigung mit Einführung der Aktivrente als potenzielle Alternative zur marginalen Beschäftigung attraktiver geworden ist. Wir prognostizieren für 2026 einen weiteren Rückgang um 50.000 auf 4,76 Millionen marginal Beschäftigte (vgl. Tabelle T3 auf Seite 11).

Mit 3,67 Millionen Personen waren im Jahr 2025 8 Prozent der Erwerbstätigen Selbstständige oder mithelfende Familienangehörige. Ihre Zahl ist seit 2012 rückläufig, wobei anfangs noch die Reform des Gründungszuschusses relevant war. Gerade in Zeiten von konjunktureller Schwäche, Krisen und Unsicherheit wirkt die Selbstständigkeit aber aufgrund der fehlenden sozialen Absicherung gegenüber anderen Erwerbsformen weniger attraktiv. Zudem dürfte der Trend auch demografisch zu erklären sein: Da überwiegend jüngere Menschen gründen, sinkt mit der Zahl jüngerer Menschen auch das Gründungspotenzial. Für den Jahresdurchschnitt 2026 erwarten wir für diesen Personenkreis einen weiteren Rückgang um 20.000 auf 3,64 Millionen. Damit wird der tiefste Stand seit 1992 erreicht.

Knapp 5 Prozent der Erwerbstätigen waren im Jahr 2025 Beamtinnen oder Beamte. Seit dem Tiefstand von 2016 steigt ihre Zahl wieder langsam an. Aufgrund der höheren Prioritäten für die äußere und innere Sicherheit rechnen wir mit einem Stenaufbau im Bereich der Verteidigung und des Grenzschutzes.² Für 2026 prognostizieren wir daher einen weiteren Anstieg um gut 10.000 Beamtinnen und Beamte.

Wirtschaftsbereiche entwickeln sich heterogen

Von den zehn betrachteten Wirtschaftsbereichen bauen nur noch zwei Beschäftigung auf. In vier Bereichen wird Personal abgebaut und in vier weiteren stagniert die Beschäftigung (vgl. Tabelle T2).

Einen Beschäftigungsaufbau erwarten wir im Jahr 2026 im Wirtschaftsbereich Öffentliche

¹ Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte, ausschließlich kurzfristig Beschäftigte und Beschäftigte in Arbeitsgelegenheiten (sog. 1-Euro-Jobs) werden in der Erwerbstätigenrechnung der VGR unter den marginal Beschäftigten zusammengefasst. Die Zeitreihe wurde aufgrund der VGR-Generalrevision 2024 aktualisiert (Wanger et al. 2024).

² Soldatinnen und Soldaten zählen im Rahmen der VGR zur Gruppe der Beamtinnen und Beamten.

Dienstleister, Erziehung, Gesundheit sowie in der Finanz- und Versicherungsbranche. Im erstgenannten Bereich rechnen wir mit einem Plus von 180.000 Beschäftigten – was hauptsächlich am Ausbau der Kindertagesbetreuung und an der Alterung der Gesellschaft liegt. Die Finanz- und Versicherungsbranche baute im Zuge der Digitalisierung und aufgrund von Konsolidierungsmaßnahmen im Bankensektor seit 2015 fast durchweg Beschäftigung ab. Seit Ende 2023 ist dieser Trend gestoppt und die Beschäftigtenzahlen steigen wieder. Für 2026 gehen wir von einer weiteren moderaten Zunahme um 10.000 aus.

Die wirtschaftlichen Umbrüche infolge der Transformation und Energiewende in Verbindung mit einem schwachen Außenhandel auch aufgrund der US-amerikanischen Zollpolitik setzen das Produzierende Gewerbe ohne Baugewerbe unter Druck und führen zu einer sinkenden Beschäftigung. Die Lockerung der Schuldenbremse ermöglicht nun zwar steigende Verteidigungsausgaben, die Effekte in der Rüstungsindustrie und deren Zulieferbranchen gleichen das Minus aber bei weitem nicht aus. Auch wenn Industrieindikatoren mitunter eine Stabilisierung anzeigen, rechnen wir für 2026 noch mit einem Beschäftigungsrückgang in gleicher Höhe wie 2025 (–140.000 Personen).

Das Baugewerbe profitiert vom Sondervermögen, das steigende Ausgaben für die Infrastruktur

ermöglicht. Hinzu kommt, dass weiterhin in Ballungsräumen eine hohe Nachfrage nach Wohnraum besteht. Daher erwarten wir hier nach zwei Jahren des Beschäftigungsabbaus im Jahresverlauf 2026 einen Umschwung mit leicht steigender Beschäftigung. Aufgrund des statistischen Unterhangs ergibt sich für den Jahresdurchschnitt 2026 trotzdem nur eine Stagnation.

Die Entwicklung bei den Unternehmensdienstleistern ist eng an die des Produzierenden Gewerbes gekoppelt. Daher rechnen wir auch hier mit einem weiteren Beschäftigungsabbau, der sich aber im Laufe des Jahres abschwächen wird. Dennoch wird sich im Jahresdurchschnitt 2026 ein Minus von 60.000 Beschäftigten ergeben.

Seit 2015 erzielte der Bereich Information und Kommunikation die prozentual höchsten Beschäftigungsgewinne. Ab 2023 wuchs dieser Bereich allenfalls noch moderat und Anfang 2025 begann die Beschäftigung zu sinken. Möglicherweise spielt hier nun zunehmende Automation eine Rolle, beispielsweise durch Künstliche Intelligenz, und dominiert den Trend, Produktions- und Dienstleistungsprozesse stärker zu vernetzen und zu digitalisieren. Zudem ist dieser Bereich von Fachkräfteengpässen gekennzeichnet. Daher erwarten wir ein Minus von 20.000 Beschäftigten.

Der von der Corona-Krise stark betroffene Wirtschaftsbereich Handel, Verkehr, Gastgewerbe be-

T2

Zahl der Beschäftigten nach Wirtschaftsbereichen 2021 bis 2026

Jahresdurchschnittlicher Bestand 2021; Veränderungen gegenüber dem Vorjahr absolut und in Prozent

	2021	2022		2023		2024		2025		Prognose 2026	
	Bestand	Differenz zum Vorjahr		Differenz zum Vorjahr		Differenz zum Vorjahr		Differenz zum Vorjahr		Differenz zum Vorjahr	
	in 1.000	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	358	1	0,35	– 4	– 1,25	– 1	– 0,21	1	0,14	– 1	– 0,31
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	7.837	28	0,36	34	0,44	– 49	– 0,62	– 140	– 1,79	– 141	– 1,83
Baugewerbe	2.160	31	1,45	15	0,67	– 23	– 1,03	– 15	– 0,67	– 1	– 0,07
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	9.083	171	1,88	65	0,71	14	0,15	– 7	– 0,08	– 40	– 0,43
Information und Kommunikation	1.312	83	6,33	48	3,42	7	0,50	– 8	– 0,57	– 15	– 1,03
Erbringung von Finanz- und Versicherungsleistungen	959	– 11	– 1,12	0	– 0,05	12	1,27	17	1,80	12	1,26
Grundstücks- und Wohnungswesen	429	12	2,80	5	1,08	2	0,50	2	0,45	– 1	– 0,16
Unternehmensdienstleister	5.306	135	2,54	75	1,37	– 12	– 0,21	– 55	– 1,00	– 63	– 1,15
Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	11.077	189	1,71	111	0,99	163	1,43	210	1,82	180	1,53
Sonstige Dienstleister	2.575	30	1,16	33	1,27	21	0,80	29	1,09	– 2	– 0,07
Gesamt	41.097	670	1,63	381	0,91	135	0,32	33	0,08	– 72	– 0,17

Quelle: Destatis, eigene Berechnungen; Stand März 2026.

fand sich zuletzt noch in einem Aufholprozess. Dieser scheint nun weitgehend abgeschlossen zu sein. Seit Mitte 2024 sinkt die Beschäftigung aufgrund der Konsumschwäche wieder moderat. Auch für 2026 rechnen wir daher mit einem weiteren Beschäftigungsrückgang (–40.000 Personen).

Dagegen stieg im ebenfalls stark von der Corona-Krise betroffenen Wirtschaftsbereich Sonstige Dienstleistungen seit 2022 die Beschäftigung kontinuierlich. Zuletzt sank die Beschäftigung jedoch, weshalb wir hier zunächst keinen weiteren Beschäftigungsaufbau erwarten.

Unterschiedliche Entwicklung in den Rechtskreisen SGB III und SGB II

Im Rechtskreis SGB III, dem Versicherungssystem, sind vor allem Personen erfasst, die ihre Beschäftigung erst kürzlich verloren haben. Im Allgemeinen sind SGB-III-Arbeitslose formal besser qualifiziert und stehen dem ersten Arbeitsmarkt näher als SGB-II-Arbeitslose. Dem Rechtskreis SGB II, der Grundsicherung, gehören dagegen häufiger Personen an, die bereits länger ohne Beschäftigung sind oder aufgrund zu kurzer Beschäftigungszeiten keine Ansprüche an die Arbeitslosenversicherung erworben haben.

Im Jahresdurchschnitt 2025 betrug die Zahl der SGB-III-Arbeitslosen 1,10 Millionen (vgl. Tabelle T1). Bis Jahresmitte 2026 dürfte die SGB-III-Arbeitslosigkeit zunächst noch leicht zunehmen. Da der Versicherungsbereich besonders konjunkturtauh ist, schlägt sich eine schwache Konjunktur dort in der Regel stärker nieder als im Grundsicherungssystem. Mit der im Prognosezeitraum erwarteten wirtschaftlichen Erholung dürfte sich die Lage am Arbeitsmarkt im Verlauf des Jahres jedoch wieder verbessern. Gegen Ende des Jahres 2026 rechnen wir daher mit einem leichten Rückgang der SGB-III-Arbeitslosigkeit. Im Jahresdurchschnitt ergibt sich dennoch ein Anstieg um rund 60.000 Personen auf etwa 1,16 Millionen. Dazu trägt auch ein statistischer Überhang bei: Zu Beginn des Jahres 2026 liegt die Zahl der SGB-III-Arbeitslosen deutlich über dem durchschnittlichen Niveau des Vorjahres.

Im Jahresdurchschnitt 2025 betrug die Zahl der SGB-II-Arbeitslosen 1,85 Millionen (vgl. Tabelle T1). Für 2026 rechnen wir mit einem Rückgang

um 20.000 Personen auf 1,83 Millionen. Zu Jahresbeginn liegt die SGB-II-Arbeitslosigkeit unter dem durchschnittlichen Niveau des Vorjahres, sodass sich ein statistischer Unterhang ergibt. Ein Grund für den leichten Rückgang der SGB-II-Arbeitslosigkeit ist die Entwicklung bei den ukrainischen Geflüchteten. Mit zunehmender Aufenthaltsdauer gelingt mehr Personen aus dieser Gruppe der Übergang in Beschäftigung, was die SGB-II-Arbeitslosigkeit reduziert. Dem gegenüber steht jedoch ein Rückgang von Sprach- und Integrationskursen. Teilnehmende an solchen Maßnahmen gelten nicht als arbeitslos, sondern werden der Stillen Reserve zugerechnet. Da weniger Sprach- und Integrationskurse stattfinden, wird die SGB-II-Arbeitslosigkeit statistisch weniger entlastet.

Ein aktueller Gesetzentwurf der Bundesregierung sieht zudem vor, dass ab April 2025 eingereiste ukrainische Geflüchtete nicht mehr dem SGB II, sondern dem Asylbewerberleistungsgesetz zugeordnet werden. Arbeitslose aus dieser Gruppe würden künftig der SGB-III-Statistik zugerechnet. Dadurch könnte es im Jahresdurchschnitt 2026 zu einer Umschichtung zwischen den beiden Rechtskreisen im niedrigen Zehntausenderbereich kommen.

Stille Reserve nimmt zu

Zur Stillen Reserve im engeren Sinn zählen insbesondere Personen, die im Moment nicht aktiv nach einer Arbeitsstelle suchen, aber bei besserer Arbeitsmarktlage oder unter geeigneteren persönlichen Umständen wie einer passenden Betreuung von Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen eine Arbeit aufnehmen würden. Entmutigte oder dem Arbeitsmarkt aus Altersgründen schon fernstehende Personen sehen bei der derzeitigen Lage keine guten Chancen auf eine Beschäftigungsmöglichkeit. Wir rechnen für das laufende Jahr mit einem Anstieg der Stillen Reserve im engeren Sinn um durchschnittlich 70.000 Personen (vgl. Tabelle T1).

Die Stille Reserve in Maßnahmen umfasst Teilnehmende an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, die aber nicht – wie beispielsweise Beschäftigte mit Ein-Euro-Jobs oder im sozialen Arbeitsmarkt – erwerbstätig sind. Bei Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Weiterbildung sowie zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung erwarten wir einen moderaten Anstieg im

Prognosezeitraum. Die Zahl der Personen über 58 Jahre, die aufgrund des § 53a Abs. 2 SGB II nicht zu den registrierten Arbeitslosen zählen, weil sie seit mehr als einem Jahr kein Angebot auf dem ersten Arbeitsmarkt erhalten haben, sinkt kontinuierlich, da diese Sonderregelung zum Jahresende 2022 ausgelaufen ist. Auch die Teilnahme von Geflüchteten an Sprach- und Integrationskursen ist im Prognosezeitraum deutlich rückläufig. In der Summe gehen wir davon aus, dass die Stille Reserve in Maßnahmen im Jahresdurchschnitt 2026 um 60.000 Personen abnimmt.

Somit steigt die gesamte Stille Reserve in diesem Jahr um 10.000 Personen und beträgt im Jahresdurchschnitt 1,04 Millionen.³

Demografischer Wandel und niedrige Nettozuwanderung lassen Arbeitskräfteangebot leicht sinken

Das Erwerbspersonenpotenzial umfasst Erwerbstätige, Erwerbslose sowie die Stille Reserve. Seine Veränderung ergibt sich aus dem Zusammenspiel unterschiedlicher Komponenten – des Wandereffekts, des Verhaltenseffekts und des demografischen Effekts –, deren Auswirkungen isoliert betrachtet werden können.

Die bislang vorliegenden Daten zur Außenwanderung des Jahres 2025 zeigen, dass die Nettozuwanderung mit 220.000 bis 260.000 Personen ein deutlich niedrigeres Niveau als im Durchschnitt der vergangenen 15 Jahre erreicht haben dürfte (Statistisches Bundesamt 2026). Für das laufende Jahr gehen wir von einer ähnlichen Nettomigration im Umfang von 230.000 Personen aus. Infolgedessen erwarten wir, dass das Erwerbspersonenpotenzial 2026 migrationsbedingt um 170.000 Personen steigt.

Darüber hinaus wächst das Arbeitsangebot seit vielen Jahren auch aufgrund kontinuierlich steigender Erwerbsbeteiligungsquoten. Als Folge der neu eingeführten Aktivrente sind ab diesem Jahr außerdem weitere Zuwächse bei der Arbeitsmarktbeteiligung Älterer zu erwarten. Für das Jahr 2026 gehen wir von einem verhaltensbedingten Wach-

tum des Erwerbspersonenpotenzials von 260.000 Personen aus.

Den Zunahmen durch Nettozuzüge und steigende Erwerbsbeteiligung wirken die Folgen des demografischen Wandels entgegen. Für 2026 erwarten wir eine demografisch bedingte Abnahme des Erwerbspersonenpotenzials um 470.000 Personen.

Als Folge des Zusammenspiels der drei Komponenten prognostizieren wir für den Jahresdurchschnitt 2026 einen Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials um 40.000 auf 48,62 Millionen Personen. Damit bremst der demografische Wandel weitere Anstiege des Arbeitskräfteangebots nicht nur aus, sondern sorgt bei niedriger Nettozuwanderung für ein leichtes Absinken. Die Annahmen zur Außenwanderung sind allerdings mit Unsicherheiten behaftet. Das migrationsbedingte Wachstum des Erwerbspersonenpotenzials kann bei höheren oder niedrigeren Nettozuzügen entsprechend stärker oder schwächer ausfallen.

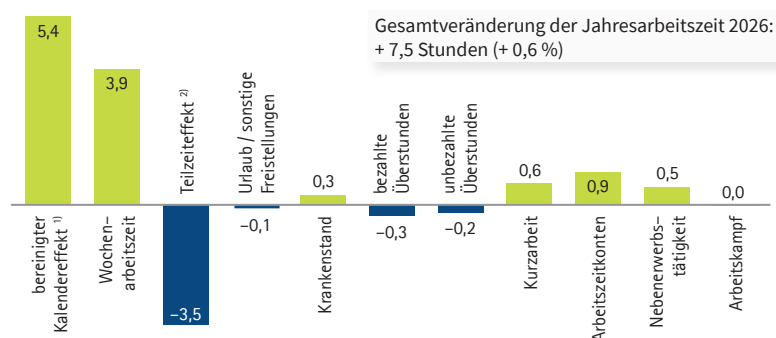
Leichter Anstieg der Arbeitszeit

Die Jahresarbeitszeit der Beschäftigten steigt 2026 um 0,6 Prozent und liegt im Jahresdurchschnitt bei 1.305 Stunden. Die meisten Komponenten verlängern die Arbeitszeit je Beschäftigten, allerdings in unterschiedlichem Maße (vgl. Abbildung A2). 2026 stehen aufgrund der Lage der Feiertage gut zwei potenzielle Arbeitstage mehr als im Vorjahr zur Verfügung. Das führt zu einem positiven Kalendereffekt. Die tarifliche beziehungsweise betriebsüb-

A2

Beitrag der einzelnen Komponenten zur Entwicklung der Arbeitszeit der Beschäftigten im Jahr 2026

Effekt auf die Veränderung der Jahresarbeitszeit in Stunden



Anmerkung: Nicht jeder Komponentenbeitrag kann direkt aus der Tabelle T3 abgeleitet werden.

¹⁾ Arbeitstageeffekt plus Ausgleich für Kalendereinflüsse.

²⁾ Wirkung der Änderung des Teilzeitanteils an den Beschäftigten auf die Arbeitszeit.

Quelle: IAB-Arbeitszeitrechnung; Stand März 2026. Grafik: IAB

³ Im Vergleich mit dem Statistischen Bundesamt (https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2025/06/PD25_231_13.html) verwendet das IAB einen enger gefassten Begriff der Stillen Reserve.



Dr. Hermann Gartner
hermann.gartner@iab.de



Timon Hellwagner
timon.hellwagner@iab.de



Markus Hummel
markus.hummel@iab.de



Dr. Christian Hutter
christian.hutter@iab.de



Dr. Benjamin Lochner
benjamin.lochner@iab.de



Susanne Wanger
susanne.wanger@iab.de

liche Wochenarbeitszeit der Vollzeitbeschäftigten liegt gleichauf mit dem Vorjahr (vgl. Tabelle T3 auf Seite 11).

Aufgrund des seit zwanzig Jahren kontinuierlich sinkenden Anteils der Minijobs an allen Teilzeitbeschäftigten (2026: 27,9 %) steigt die durchschnittliche Arbeitszeit der Teilzeitbeschäftigten in diesem Jahr erneut leicht an, und zwar auf rund 18,9 Stunden. Im Schnitt aller Voll- und Teilzeitbeschäftigten beträgt die durchschnittliche Wochenarbeitszeit 30,4 Stunden. Die tariflichen Urlaubsansprüche bleiben mit 29,6 Tagen unverändert.

Im Zuge des Wirtschaftsabschwungs hatte die Inanspruchnahme konjunkturell bedingter Kurzarbeit seit dem zweiten Halbjahr 2024 zugenommen, geht aber seit März 2025 wieder zurück. Kurzarbeit dient in erster Linie der Überbrückung vorübergehender konjunktureller Nachfrageausfälle und ist weniger zur Bewältigung struktureller Schwierigkeiten geeignet – von denen aktuell viele Unternehmen betroffen sind. Das könnte mit ein Grund dafür sein, dass die Anzeigen von Kurzarbeit, die Betriebe vor deren Beginn stellen müssen, bis Januar 2026 saisonbereinigt rückläufig waren. Aufgrund der stärkeren Konjunktur im laufenden Jahr rechnen wir mit einem Rückgang der konjunkturellen Kurzarbeit auf rund 120.000. Die konjunkturelle Kurzarbeit dürfte allerdings deutlich höher ausfallen, wenn es bei einem länger anhaltenden Iran-Konflikt zu größeren Lieferkettenstörungen kommt (Hummel et al. 2024). Zusammen mit Saison- und Transferkurzarbeit wird die Zahl der Kurzarbeitenden im Durchschnitt des Jahres 2026 bei 220.000 liegen. Der durchschnittliche Arbeitszeitausfall beträgt dabei gut ein Drittel (vgl. Tabelle T3).

Wir prognostizieren für das laufende Jahr einen im Vergleich zu den Vorjahren schwächeren Rückgang bei den bezahlten Überstunden (–0,3 Stun-

den) und den unbezahlten Überstunden (–0,2 Stunden). Die Entwicklung – gerade bei den klassischen bezahlten Überstunden – ist dabei von einem langjährigen rückläufigen Trend bestimmt (Hartl et al. 2025). Dazu hat auch der starke Anstieg der Teilzeitarbeit und der Rückgang von Beschäftigtengruppen, die bezahlte Überstunden leisten können, beigetragen. So ist mittlerweile ein großer Teil der zusätzlich geleisteten Stunden nicht bei den Überstunden erfasst, sondern fließt auf Arbeitszeitkonten. Diese verlängern die Arbeitszeit unterm Strich nicht, sondern flexibilisieren sie – was der eigentliche Zweck von Überstunden ist. Im laufenden Jahr steigen die Guthaben auf den Arbeitszeitkonten im Schnitt leicht (+0,2 Stunden). Nach einem Rückgang im Jahr 2025 erhöht das die Arbeitszeit 2026 gegenüber dem Vorjahr um 0,9 Stunden (vgl. Tabelle T3).

Der sprunghafte Anstieg des gemessenen Krankenstandsniveaus im Jahr 2022 ist auf eine Reihe von Faktoren, vor allem die Einführung der elektronischen Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung, zurückzuführen (Wanger et al. 2024). Die gemessenen monatlichen Krankenstandsquoten lagen zuletzt wieder unter den Vorjahreswerten. Für das laufende Jahr erwarten wir einen leichten Rückgang auf 5,8 Prozent.

Die Mehrfachbeschäftigung stieg zuletzt deutlich langsamer. Wir erwarten, dass sie ihrem langfristigen Aufwärtstrend folgend im laufenden Jahr auf 4,73 Millionen zunimmt. Ihr Anteil an allen Beschäftigten liegt 2026 bei 11,2 Prozent.

Aus diesen Arbeitszeitkomponenten und dem Verhältnis von Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung bestimmt sich die Jahresarbeitszeit. Während die Vollzeitbeschäftigung 2026 erneut sinkt, wächst die Teilzeitbeschäftigung kräftig weiter. Die Teilzeitquote steigt im laufenden Jahr um 0,4 Prozentpunkte auf 40,3 Prozent. Die Arbeitszeit der Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen nimmt dem langfristigen Trend folgend 2026 ab, da auch in dieser Gruppe die Teilzeitarbeit deutlich an Bedeutung gewonnen hat. In der Summe liegt die durchschnittliche Arbeitszeit aller Erwerbstätigen in diesem Jahr mit 1.338 Stunden um 0,4 Prozent höher als im Vorjahr. Das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen – das Produkt aus durchschnittlicher Arbeitszeit und Erwerbstätigenzahl – steigt gegenüber dem Vorjahr.

Die Autorin und die Autoren sind Mitarbeitende des Forschungsbereichs „Prognosen und gesamtwirtschaftliche Analysen“ im IAB. Prof. Dr. Enzo Weber ist Leiter dieses Forschungsbereichs.



Prof. Dr. Enzo Weber
enzo.weber@iab.de



Dr. Gerd Zika
gerd.zika@iab.de

Durchschnittliche Arbeitszeit und ihre Komponenten 2019 bis 2026

			2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	Prognose 2026	
A. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (AN)											
Personen	Beschäftigte AN	1.000	41.145	40.927	41.097	41.767	42.148	42.283	42.316	42.244	
	darunter: Vollzeit	1.000	25.238	25.134	25.231	25.517	25.633	25.573	25.432	25.204	
	reguläre Teilzeit	1.000	10.687	10.879	11.102	11.450	11.643	11.861	12.075	12.285	
	marginal Beschäftigte ¹⁾	1.000	5.220	4.913	4.764	4.800	4.873	4.849	4.810	4.756	
	Teilzeitquote	%	38,7	38,6	38,6	38,9	39,2	39,5	39,9	40,3	
	Mehrfachbeschäftigte ²⁾	1.000	4.001	3.937	4.058	4.309	4.492	4.595	4.680	4.733	
Arbeitszeitkomponenten und – effekte	Kalendertage	Tage	365	366	365	365	365	366	365	365	
	Samstage und Sonntage	Tage	104	104	104	105	105	104	104	104	
	Feiertage	Tage	12,2	9,5	7,7	8,2	10,6	12,2	11,9	9,4	
	Potenzielle Arbeitstage	Tage	248,8	252,5	253,3	251,8	249,4	249,8	249,1	251,6	
	Wochenarbeitszeit Vollzeit	Std.	38,2	38,2	38,2	38,2	38,2	38,2	38,2	38,2	
	Teilzeit	Std.	17,6	17,9	17,9	18,1	18,3	18,5	18,7	18,9	
	Wochenarbeitszeit (alle Beschäftigten)	Std.	30,2	30,4	30,4	30,4	30,4	30,4	30,4	30,4	
	Tarifliche / betriebsübliche Arbeitszeit	Std.	1.505,2	1.533,1	1.539,2	1.529,4	1.515,5	1.518,7	1.514,3	1.529,8	
	Urlaub und sonstige Freistellungen	Tage	31,0	32,5	32,2	31,9	31,0	31,0	31,0	31,0	
	darunter tariflicher Regelurlaub	Tage	29,6	29,5	29,6	29,7	29,7	29,7	29,6	29,6	
	Krankenstand ³⁾ der Personen	%	4,40	4,44	4,43	5,87	6,07	5,93	5,86	5,78	
	Krankenstand in Arbeitstagen	Tage	10,9	11,2	11,2	14,8	15,2	14,8	14,6	14,5	
	Krankenstand in Arbeitsstunden	Std.	66,2	68,1	68,1	89,8	92,1	90,1	88,7	88,4	
	Effektive Arbeitstage ohne Urlaub und Krankenstand	Tage	206,9	208,8	209,9	205,2	203,3	204,0	203,5	206,0	
	Bezahlte Überstunden je AN	Std.	17,1	14,0	14,4	18,4	13,4	12,0	11,6	11,3	
	Bezahltes Überstundenvolumen	Mio. Std.	702	574	592	767	565	505	491	478	
	Unbezahlte Überstunden je AN	Std.	21,7	18,1	21,7	19,6	18,8	16,5	15,6	15,4	
	Unbezahltes Überstundenvolumen	Mio. Std.	893	741	894	817	792	698	659	649	
	Saldenveränderung Arbeitszeitkonten	Std.	– 3,9	– 8,3	– 0,5	– 3,0	+ 0,1	– 1,8	– 0,8	+ 0,2	
	Kurzarbeitende	1.000	145	2.939	1.852	426	241	298	303	215	
	Arbeitsausfall je Kurzararbeitenden	%	36,0	40,6	48,0	39,5	33,2	31,3	33,1	36,9	
	Arbeitsausfall je Kurzararbeitenden	Std.	489,9	557,2	660,3	530,5	441,1	416,5	439,9	495,6	
	Ausfallvolumen	Mio.Std.	71	1.637	1.223	226	106	124	133	107	
	Kurzarbeitseffekt	Std.	1,7	40,0	29,8	5,4	2,5	2,9	3,1	2,5	
	Ausfall durch Arbeitskampf	Std.	0,0	0,0	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1	0,1	
	Tatsächliche Jahresarbeitszeit	Ausgleich für Kalendereinflüsse	Std.	+ 7,0	– 7,4	– 10,4	– 4,6	+ 4,5	+ 3,1	+ 5,9	– 3,8
		Arbeitszeit Voll- und Teilzeit	Std.	1.291,6	1.244,3	1.270,7	1.271,0	1.269,3	1.266,8	1.266,1	1.273,2
Veränderung gegenüber Vorjahr		%	– 0,5	– 3,7	+ 2,1	+ 0,0	– 0,1	– 0,2	– 0,1	+ 0,6	
Arbeitsvolumen		Mio. Std.	53.143	50.925	52.222	53.086	53.498	53.564	53.576	53.785	
Veränderung gegenüber Vorjahr		%	+ 0,7	– 4,2	+ 2,5	+ 1,7	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,4	
Arbeitszeit Vollzeit		Std.	1.626,1	1.558,8	1.595,5	1.596,4	1.593,3	1.588,5	1.587,7	1.596,9	
Veränderung gegenüber Vorjahr		%	– 0,6	– 4,1	+ 2,4	+ 0,1	– 0,2	– 0,3	– 0,1	+ 0,6	
Arbeitsvolumen		Mio. Std.	41.039	39.180	40.255	40.736	40.841	40.624	40.377	40.249	
Veränderung gegenüber Vorjahr		%	+ 0,3	– 4,5	+ 2,7	+ 1,2	+ 0,3	– 0,5	– 0,6	– 0,3	
Arbeitszeit Teilzeit		Std.	760,8	743,9	754,2	760,1	766,3	774,3	781,8	794,4	
Veränderung gegenüber Vorjahr		%	+ 0,4	– 2,2	+ 1,4	+ 0,8	+ 0,8	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,6	
Arbeitsvolumen		Mio. Std.	12.102	11.748	11.966	12.351	12.656	12.938	13.201	13.536	
Veränderung gegenüber Vorjahr		%	+ 2,0	– 2,9	+ 1,9	+ 3,2	+ 2,5	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,5	
Arbeitszeit in Nebenjobs		Std.	297,8	279,5	285,3	290,9	286,1	285,6	287,1	287,6	
Arbeitsvolumen		Mio. Std.	1.191	1.100	1.158	1.254	1.285	1.312	1.344	1.361	
Nebenerwerbstätigkeitseffekt		Std.	29,0	26,9	28,2	30,0	30,5	31,0	31,8	32,2	
Arbeitszeit einschl. Nebenjobs		Std.	1.320,5	1.271,2	1.298,8	1.301,0	1.299,8	1.297,8	1.297,9	1.305,4	
Veränderung gegenüber Vorjahr		%	– 0,4	– 3,7	+ 2,2	+ 0,2	– 0,1	– 0,2	+ 0,0	+ 0,6	
Arbeitsvolumen		Mio. Std.	54.333	52.028	53.379	54.340	54.782	54.874	54.921	55.146	
Veränderung gegenüber Vorjahr		%	+ 0,8	– 4,2	+ 2,6	+ 1,8	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,4	
Nachrichtlich: Arbeitstageeffekt		%	– 0,0	+ 1,5	+ 0,3	– 0,6	– 0,9	+ 0,1	– 0,3	+ 1,0	
Tägliche Arbeitszeit	%	– 0,4	– 5,2	+ 1,9	+ 0,8	+ 0,9	– 0,3	+ 0,3	– 0,4		
B. Selbstständige und Mithelfende											
Personen	1.000	4.146	4.039	3.944	3.862	3.787	3.704	3.666	3.644		
Arbeitszeit	Std.	1.883,4	1.742,6	1.782,8	1.801,3	1.772,8	1.752,0	1.728,8	1.715,7		
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	– 1,1	– 7,5	+ 2,3	+ 1,0	– 1,6	– 1,2	– 1,3	– 0,8		
Arbeitsvolumen	Mio. Std.	7.809	7.038	7.032	6.957	6.714	6.490	6.338	6.253		
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	– 3,0	– 9,9	– 0,1	– 1,1	– 3,5	– 3,3	– 2,3	– 1,3		
C. Erwerbstätige											
Personen	1.000	45.291	44.966	45.041	45.629	45.935	45.987	45.982	45.889		
Arbeitszeit	Std.	1.372,0	1.313,6	1.341,2	1.343,4	1.338,8	1.334,4	1.332,2	1.338,0		
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	– 0,6	– 4,3	+ 2,1	+ 0,2	– 0,3	– 0,3	– 0,2	+ 0,4		
Arbeitsvolumen	Mio. Std.	62.141	59.066	60.410	61.297	61.496	61.364	61.259	61.399		
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 0,3	– 4,9	+ 2,3	+ 1,5	+ 0,3	– 0,2	– 0,2	+ 0,2		

¹⁾ Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte, ausschließlich kurzfristig Beschäftigte und Beschäftigte in Arbeitsgelegenheiten, sog. 1-Euro-Jobs, werden in der Erwerbstätigenrechnung der VGR unter den „marginal Beschäftigten“ zusammengefasst.

²⁾ Mehrfachbeschäftigte sind Personen, die zeitgleich in mehr als einem Beschäftigungsverhältnis stehen. Dies können z. B. sein: Beschäftigte mit mindestens einer weiteren sozialversicherungs-pflichtigen Beschäftigung bzw. geringfügigen Beschäftigung.

³⁾ Die schrittweise Einführung der elektronischen Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung ab 1.1.2022 führt nach Angaben des Bundesgesundheitsministeriums zu einer vollständigeren Erfassung der Arbeitsunfähigkeit bei weniger schweren Fällen, da zuvor versichertenseitig wenig Anreiz bestand, kurze Arbeitsunfähigkeiten an die Krankenkasse zu melden (Wanger et al. 2024).

Quelle: IAB-Arbeitszeitrechnung; Stand März 2026. Aktualisierung der Zeitreihen ab 2021 im Rahmen der VGR-Sommerrechnung 2025.

Bei einem BIP-Wachstum von 0,8 Prozent und einer Zunahme der geleisteten Arbeitsstunden um 0,2 Prozent wächst die Stundenproduktivität im laufenden Jahr mit 0,6 Prozent wieder kräftiger (vgl. Tabelle T1).

Fazit

Die deutsche Wirtschaft hat drei Rezessionsjahre hinter sich. Für das Jahr 2026 erwarten wir, dass sich die beginnende Erholung fortsetzt – wobei mit dem Krieg im Iran aktuell neue Risiken hinzugekommen sind. Zumindest vorübergehend sorgen steigende Mineralöl- und Energiepreise für konjunkturellen Gegenwind. Wesentliche Impulse für die wirtschaftliche Belebung sind vor allem von den zusätzlichen fiskalischen Mitteln aus dem Infrastrukturfonds und den Ausgaben für Verteidigung zu erwarten. Die Fiskalpakete sollten dabei so ausgestaltet sein, dass sie auch Investitionen in Zukunftsfeldern auslösen und so produktivitäts- und beschäftigungswirksam sind.

Wirtschaft und Arbeitsmarkt stehen aktuell Herausforderungen wie der notwendigen Digitalisierung und Dekarbonisierung gegenüber – bei gleichzeitiger demografischer Schrumpfung und einer schwierigeren Position auf den Exportmärkten. Zeiten tiefgreifenden Strukturwandels erfordern Erneuerung und Mobilität. Dennoch gibt es kaum Bewegung am Arbeitsmarkt. Die Zahl der Stellenangebote ist zwischen 2023 und 2025 gefallen. Es gibt zwar nicht außergewöhnlich viele Entlassungen, aber zu wenig Betriebe, die neue Arbeitsplätze aufbauen wollen.

Diese Erneuerungskrise ist auch eine Herausforderung für jene, die gerade einen Job suchen. Dazu gehören naturgemäß junge Menschen, die neu in den Arbeitsmarkt eintreten. Von den Umbrüchen durch Künstliche Intelligenz sind zwar auch junge Akademikerinnen und Akademiker betroffen, aber gut qualifizierte Arbeitskräfte werden weiterhin gebraucht: Bis zuletzt legte der Anteil von Jobs mit komplexen Tätigkeiten um mehr als 10 Prozent pro Dekade zu (Weber 2026).

In den kommenden Jahren ist der Arbeitsmarkt auch davon geprägt, dass stark besetzte Jahrgänge aus dem Erwerbsleben in die Rentenphase wechseln. Aufgrund dieser demografischen Veränderungen sind zur Finanzierung der Sozialversicherungssysteme die Mobilisierung des Arbeitskräfteangebots und Fachkräftesicherung wichtiger denn je (Hellwagner et al. 2022).

Literatur

- Flach, Lisandra; Bodenschatz, Philip (2026): The Role of the Strait of Hormuz for Germany and the EU, Ifo EconPol Policy Brief 81, München.
- Hartl, Tobias; Wanger, Susanne; Warning, Anja; Weber, Enzo (2025): [Zunehmende Flexibilisierung der Arbeitszeit: Höchststand von 473 Millionen Stunden auf Kurzzeitkonten](#). IAB-Kurzbericht Nr. 12.
- Hellwagner, Timon; Söhnlein, Doris; Wanger, Susanne; Weber, Enzo (2022): [Wie sich eine demografisch bedingte Schrumpfung des Arbeitsmarkts noch abwenden lässt](#). In: IAB-Forum, 21.11.2022.
- Hummel, Markus; Hutter, Christian; Weber, Enzo (2024): A note on labour market effects of supply chain bottlenecks. Applied Economics Letters, 31(12), 1076–1082.
- Hutter, Christian; Weber, Enzo (2025): [Konjunktur und Transformation: die kritische Gemengelage am Arbeitsmarkt](#). In: IAB-Forum, 23.1.2025.
- Hutter, Christian; Weber, Enzo (2026): [Wie die Arbeitsagenturen die Beschäftigungseffekte der jüngsten Mindestloohnerhöhung einschätzen](#). In: IAB-Forum, 27.1.2026.
- Hutter, Christian; Carbonero, Francesco; Klinger, Sabine; Trenkler, Carsten; Weber, Enzo (2022): Which factors were behind Germany's labour market upswing? A data-driven approach. Oxford Bulletin of Economics and Statistics, Jg. 84, H. 5, S. 1052–1076.
- Klinger, Sabine; Weber, Enzo (2020): GDP-Employment Decoupling in Germany. Structural Change and Economic Dynamics, 52, S. 82–98.
- Statistisches Bundesamt (2026): Bevölkerung Deutschlands nimmt im Jahr 2025 um rund 100 000 Personen ab. (https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/gen/2026/01/PD26_032_124.html, 9.3.2026).
- Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2026): Berichte: [Blickpunkt Arbeitsmarkt – Monatsbericht zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt](#), Nürnberg, Februar 2026.
- van Roye, Björn (2011): Zum Einfluss eines Ölpreisanstiegs auf die Konjunktur. IfW-Box, No. 2011.8, Institut für Weltwirtschaft (IfW), Kiel.
- Wanger, Susanne; Hartl, Tobias; Hummel, Markus; Yilmaz, Yasemin (2024): [Überarbeitung der IAB-Arbeitszeitrechnung im Rahmen der Generalrevision 2024 der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen](#). IAB-Forschungsbericht Nr. 20.
- Weber, Enzo (2026): Die KI ist kein Jobkiller! Gastbeitrag. In: Die Zeit Nr. 11/2026.